

Gerrit Voerman

Linkspopulismus im Vergleich. Die niederländische *Socialistische Partij* und die deutsche Linke

Mit Einleitung über das DNPP

POLITISCHE PARTEIEN sind die Achse des parlamentarischen Systems. Ohne die repräsentative Funktion der Parteien ist die demokratische Beschlussfassung kaum vorstellbar. Die Erforschung der Parteien und des Parteiensystems durch Historiker und Politikwissenschaftler ist folglich von großer Bedeutung. Damit ist auch der Nutzen des *Dokumentationszentrums für die politischen Parteien der Niederlande* (*Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen, DNPP*) angedeutet, das zur *Reichsuniversität Groningen* (RUG) gehört. Das DNPP ist 1973 gegründet worden.¹ Kurz zuvor waren an der *Katholischen Universität* (heute *Radboud Universität*) *Nimwegen* und der *Freien Universität Amsterdam* Dokumentationszentren für den Katholizismus (*Katholiek Documentatiecentrum*) beziehungsweise den Protestantismus (*Historisch Documentatiecentrum voor het Nederlands Protestantisme*) eröffnet worden. Die Entstehung dieser beiden Einrichtungen stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entsäulung der 1960er Jahre. Bis zu dieser Zeit bestand die niederländische Gesellschaft aus Säulen – sozialen Segmenten mit ihrer eigenen weltanschaulichen Identität und einem Netzwerk geistesverwandter Organisationen – die viele Facetten des Lebens abdeckten. Die Auflösung dieser gesellschaftlichen Blöcke äußerte sich unter anderem im Untergang von Organisationen auf sozialistischer, katholischer und protestantischer Basis, wie beispielsweise Gewerkschaften und politische Parteien. Die Flut verschiedenster Materialien – darunter auch Archivalien –, die gerade infolge dieses Prozesses »frei« wurden, führte zu Initiativen, zu »retten, was noch zu retten ist«. Von den »linken« Organisationen wanderte viel Material zum schon seit 1935 bestehenden *Internationalen Institut für Sozialgeschichte* (*Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, IISG*). Die neu gebildeten Dokumentationszentren in Nimwegen und Amsterdam nahmen sich der Archive der vielen katholischen und protestantischen Vereinigungen an, die zugrunde gingen.

1 Für mehr Informationen siehe G. VOERMAN, *Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, in: *Archos magazine. Informatiebeheer en -verwerking* 6 (2002), Bd. 1/2, S. 14 f., online unter <http://www.rug.nl/dnpp/informatie/infodnpp>.

Die Gründung des DNPP ist also in gewissem Sinne als eine Folge des Entsäulungsprozesses zu betrachten, wenn auch weniger unmittelbar als bei den beiden zuvor genannten Dokumentationszentren. In den 1960er Jahren entledigte sich die angewandte politische Geschichte halbwegs ihres versäulten Korsetts. Die Sozialgeschichte mit ihrer größeren Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Gruppierungen und Organisationen war im Aufsteigen begriffen. Infolge dieser Entwicklungen wurde die politische Partei zum Forschungsobjekt. Von einer Fußnote der parlamentarischen Geschichte wurde die Partei zunehmend zu einem eigenständigen Thema.²

Aufgaben und Tätigkeitsbereiche des DNPP

Vor dem soeben beschriebenen Hintergrund entstand das DNPP. Sein Ziel ist »die Schaffung einer systematischen und allgemein zugänglichen Dokumentation der (...) Entwicklungen der niederländischen politischen Parteien.«³ Dabei liegt der Akzent auf ihren Tätigkeiten außerhalb des Parlaments, da die Aktivitäten der Parteien in der Ersten und der Zweiten Kammer bereits durch das *Parlamentarische Dokumentationszentrum* (*Parlementair Documentatiecentrum*) der Universität Leiden zugänglich gemacht werden. Grundlegend für die Arbeit des DNPP ist zudem die verwendete Parteidefinition, die sich auf politische Parteien im weiteren Wortsinn erstreckt, also einschließlich des wissenschaftlichen Büros, des Schulungs- und Bildungsinstituts, der Jugend- und Frauenorganisation und weiterer Nebeneinrichtungen.

Die primäre Aufgabe des DNPP ist das Sammeln und Katalogisieren von Publikationen von den und über die niederländischen politischen Parteien. Um mit letzterem zu beginnen: Das Dokumentationszentrum erschließt aus einer Reihe überregionaler Tageszeitungen, aus allen Meinungsblättern und aus historischen und politikwissenschaftlichen Zeitschriften Artikel über die Parteien. Auch andere wissenschaftliche Publikationen wie Monografien oder Sammelbände werden akquiriert und katalogisiert. Daneben sammelt das DNPP, soweit möglich, alle Publikationen der politischen Parteien der Niederlande, wie Broschüren, Periodika (Parteiorgane, wissenschaftliche Zeitschriften und ähnliches), Grundsatz- und Wahlprogramme, Statuten und Satzungen, Kongressunterlagen, Wahlkampfflugblätter und weitere Materialien.

Von allen diesen Publikationen von den und über die Parteien werden Titelbeschreibungen in den Katalog aufgenommen. Diese werden mit Schlagwörtern versehen, so dass nach bestimmten Themen gesucht werden kann – beispielsweise der Haltung der *Socialistische Partij* (SP) zum Irakkrieg oder dem Standpunkt

2 Siehe auch R.A. KOOLE, *Het DNPP en de bestudering van politieke partijen*, in: *Groniek* (1985), S. 54–63.

3 *Reglement Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1999.

der liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) zum Islam.⁴ Daneben verwaltet das DNPP noch einige andere Bestände wie rund 2.500 unterschiedliche Wahlplakate, von denen Abbildungen auf der Website zu sehen sind. Das so genannte Tonarchiv besteht aus Interviews mit prominenten Parteipolitikern, die häufig im Rahmen einer bestimmten Untersuchung – wie der Geschichtsschreibung der VVD oder der Entstehungsanalyse von *GroenLinks* – geführt wurden und aus vollständigen Tonaufnahmen von für wichtig erachteten Parteitreffen wie Kongressen oder Zusammenkünften von Parteivorständen. Schließlich verwaltet das DNPP die überregionalen Parteiarchive von Parteien, die kaum oder gar nicht versäult waren – wie zum Beispiel der rechts-liberalen VVD und der links-liberalen Partei *Democraten 66* –, und die so aus der Anschaffungspolitik der oben genannten anderen Dokumentationszentren und des IISG herausfallen. Eine ausführliche Übersicht aller vorhandenen Sammlungen findet sich auf der Website des DNPP.

Auf den Internetseiten des DNPP werden auch viele fertig aufbereitete Informationen über die politischen Parteien angeboten. Dieses Angebot wird in der kommenden Zeit stark ausgeweitet werden. Es waren auf der Website bereits die PDF-Bestände der Wahl- und Grundsatzprogramme aller Parteien zu finden, die in der Periode ab dem Zweiten Weltkrieg an der Regierung beteiligt waren. Momentan werden dieser Sammlung noch die Programme aller Parteien hinzugefügt, die ab 1918 an den Parlamentswahlen teilgenommen haben. Anschließend sollen die Statuten und Satzungen dieser Parteien an die Reihe kommen und in einer späteren Phase noch ihre Jahresberichte. Auf diese Weise stehen der Forschung dann die wichtigsten programmatischen und organisatorischen Dokumente der Parteien zur Verfügung.

Von vielen Parteien liegen bereits Übersichten über die Parteivorsitzenden und Parteisekretäre sowie über die Entwicklung der Mitgliederzahlen auf der Website vor. Derzeit werden diese Angaben auch für die bislang noch fehlenden Parteien soweit wie möglich ausfindig gemacht und auf die Website gestellt. Außerdem werden die Daten präsentiert, an denen Parteikongresse stattgefunden haben, mit der Möglichkeit, die Tagesordnung der behandelten Themen anzuklicken. Darüber hinaus wird im Jahr 2009 von jeder Partei eine Parteigeschichte zur Verfügung stehen, die nach einem bestimmten Muster aufgebaut ist. Auf diese Weise entwickelt sich die Website des DNPP zu einem Wissens- und Informationsportal über die politischen Parteien der Niederlande.

Ein weiteres Digitalisierungsprojekt des DNPP betrifft die Archivierung der Websites der niederländischen politischen Parteien und ihrer Politiker. Viele Informationen, die früher in Parteizeitungen erschienen, finden sich heute nur noch auf den Internetseiten der Parteien. Das war der wichtigste Grund mit der Archivie-

4 Der Online-Katalog des Dokumentationszentrums findet sich auf der Website des DNPP unter <http://www.dnpp.nl>.

rung zu beginnen. Daneben nehmen diese Sites eine immer wichtigere Stellung in der Kommunikation zwischen Partei und Anhängern (Mitgliedern und Wählern) ein. Manche Parteien verwenden beispielsweise ihre Internetauftritte, um Mitgliedern ein Mitspracherecht bei der Erstellung des Wahlprogramms zu geben. So ist die Erhaltung der Websites der Parteien von großer Bedeutung – nicht nur aus Dokumentationserwägungen, sondern auch für die zukünftige wissenschaftliche Erforschung. Im April 2001 hat das DNPP mit der Archivierung der Websites der politischen Parteien der Niederlande begonnen. Standardmäßig werden die ausgewählten Sites einmal im Monat archiviert. Bei besonderen Ereignissen wird die Archivierungsfrequenz erhöht. Das DNPP beschäftigt sich nun seit gut sieben Jahren mit dem Downloaden von politischen Websites. Insgesamt sind etwa 500 Sites archiviert worden, die eine Datenmenge von 850 Gigabytes umfassen.⁵

Neben der Dokumentation und der Dienstleistung gehört es auch zu den Aufgaben des DNPP, die wissenschaftliche Erforschung der politischen Parteien der Niederlande zu stimulieren, zu unterstützen und zu begleiten. Dazu hat das Dokumentationszentrum verschiedene Bibliographien und Archivübersichten von politischen Parteien und Strömungen erstellt. Es führt jedoch auch selbst Forschungsarbeiten durch – entweder auf eigene Initiative, finanziert durch die *Niederländische Organisation für wissenschaftliche Forschung (Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek, NWO)* oder im Auftrag des Innenministeriums. In den vergangenen zwanzig Jahren hat dies unter anderem zu historischen Studien über die VVD, *GroenLinks*, die Beziehungen zwischen der CPN und Moskau, Wahlplakate im 20. Jahrhundert, die politische Autobiographie sowie Parteikultur und Personalisierung der Politik geführt.⁶ Darüber hinaus wurden politikwissenschaftliche Untersuchungen über bestimmte Aspekte der politischen Partei wie Ideologie, Organisation, Kandidatenaufstellung, Fraktionsdisziplin, Mitgliederzahlen, die Stellung des Parteimitglieds oder die Art und Weise, in der Parteien die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einsetzen, durchgeführt. Viele der vom Dokumentationszentrum angestellten Untersuchungen – aber auch andere wissenschaftliche Betrachtungen – werden im Jahrbuch des DNPP veröffentlicht, das vollständig auf der Website des DNPP einsehbar ist. In

5 Zum Thema siehe F. DEN HOLLANDER/G. VOERMAN (Hrsg.), *Het web gevangen. Het archiveren van de websites van de Nederlandse politieke partijen*, Groningen, 2001; G. VOERMAN/A. KEYZER/F. DEN HOLLANDER/ H. DRUIVEN, *Archiving the Web: Political Party Websites in the Netherlands*, in: *European Political Science* 2 (2002), Bd. 1, S. 68–75.

6 Vgl. R. KOOLE/P. LUCARDIE/ G. VOERMAN, *40 jaar vrij en verenigd. Geschiedenis van de VVD-partijorganisatie*, Houten 1988; P. VAN SCHIE/G. VOERMAN (Hrsg.), *60 jaar VVD*, Amsterdam 2008; P. LUCARDIE/W. VAN SCHUUR/G. VOERMAN, *Verloren illusie, geslaagde fusie? GroenLinks in historisch en politicologisch perspectief*, Leiden 1999; G. VOERMAN, *De meridiaan van Moskou. De CPN en de Communistische Internationale 1919–1930*, Amsterdam 2001; D.J. ELZINGA/G. VOERMAN, *Om de stembus... verkiezingsaffiches 1918–1989*, Den Haag 1992; zweite, erweiterte Auflage: *Om de stembus... verkiezingsaffiches 1918–1998*, Amsterdam 2002; G. VOERMAN, *Politiek van levenswerk tot handwerk. De autobiografie als bron van de politieke cultuur*, in: H. RENDERS (Hrsg.), *Het leven van een doodsbericht*, Amsterdam 2005, S. 119–139.

den Jahrbüchern ist auch eine Chronik der Ereignisse und Entwicklungen in den politischen Parteien im jeweiligen Jahr aufgenommen.

Linkspopulismus im Vergleich.

Die niederländische Socialistische Partij (SP) und die deutsche Linke

Auf ein Forschungsprojekt des DNPP soll hier ausführlicher eingegangen werden: die Beschäftigung mit der *Socialistische Partij* (SP). Diese ursprünglich maoistische Partei ist bei den Wahlen sehr erfolgreich und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Position der sozialdemokratischen Partei der Niederlande, der *Partij van de Arbeid* (PvdA), dar. Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage, warum die SP so erfolgreich ist. Dabei soll ein Vergleich mit dem Aufstieg der Partei *Die Linke* in Deutschland angestellt werden, wobei versucht wird, herauszuarbeiten, ob die Faktoren, die für den Aufstieg der SP ausschlaggebend waren, auch für die deutsche Schwesterpartei gelten. Schließlich haben sich beide von einer marxistisch-leninistischen zu einer links-sozialistischen Partei entwickelt. Abschließend soll kurz auf die Frage eingegangen werden, wie die Sozialdemokraten in den Niederlanden und in Deutschland auf die Konkurrenz von links reagieren könnten.

Die SP und *Die Linke* – und ihre Vorgängerin, die *Partei des demokratischen Sozialismus* (PDS) – unterhalten übrigens seit Ende der 1990er Jahre Kontakte, wobei die niederländische Partei bis zu einem gewissen Grad für die Deutschen als Vorbild dient. Anfang 2007 besuchte der Parteivorsitzende Lothar Bisky die SP mit der Begründung, er wolle gerne wissen, warum die SP so viel Erfolg hat.⁷ Im Gegensatz zu der Partei *Die Linke* ist die niederländische Schwesterpartei nicht Mitglied der *European Left*, deren Vorsitz Bisky seit November 2007 innehat. »Die SP findet, dass eine europäische Parteigründung vorläufig noch einen Schritt zu weit geht«, so der offizielle Standpunkt der Partei.⁸

Die Geschichte der SP

Die Wurzeln der SP liegen in der maoistischen Opposition innerhalb der *Kommunistischen Partei der Niederlande* (*Communistische Partij van Nederland*; CPN), die Mitte der 1960er Jahre Gestalt annahm.⁹ Nachdem die Dissidenten aus der Partei ausgeschlossen worden waren, folgte ein Fusions- und Zersplitterungspro-

7 Vgl. R. JANSSEN/E. VERHEY, *Lothar Bisky*, in: *de Tribune* vom 3. März 2007, S. 12. Zum Thema siehe auch T. KOX, *Links Europa leert bij in Brabant*, in: *Spanning* 10 (2008), Bd. 3, S. 3–8.

8 KOX (wie Anm. 7), S. 6.

9 Dieser Teil des Beitrags basiert auf G. VOERMAN, *De "Rode Jehovah's". Een geschiedenis van de Socialistiese Partij*, in: DNPP (Hrsg.), *Jaarboek 1986*, Groningen 1987, S. 124–150; Ders., *Een partij voor 'gewone mensen'. Bij het parlementaire debuut van de SP*, in: *Politiek & Cultuur* 54 (1994), Bd. 2, S. 3–9; Ders., *Een politieke kameleon: over het aanpassingsvermogen van de Socialistische Partij in Nederland*, in: *Vlaams marxistisch tijdschrift* 38 (2004), Bd. 1, S. 48–58.

zess, aus dem 1972 die *Socialistische Partij* hervorging, der neben Arbeitern auch Studenten angehörten. Diese waren ihr beigetreten, nachdem sich die Demokratisierungsbewegung Ende der 1960er Jahre festgefahren hatte. Die SP berief sich auf einen »mit den Gedanken Maos angereicherten«¹⁰ Marxismus-Leninismus. Die Partei befürwortete die Abschaffung des Privatbesitzes von Produktionsmitteln: Das Volk müsse »der rechtmäßige Eigentümer« unter anderem von Wohnhäusern und Grundstücken, des Gesundheitswesens und der Pharmaindustrie, von Banken, Versicherungsgesellschaften, Rentenversicherungen und ähnlichem werden. Sie war davon überzeugt, dass der Sozialismus nicht auf friedlichem Wege über allmähliche Reformen verwirklicht werden könne. Nur eine gewalttätige, von der Bevölkerungsmehrheit getragene Revolution könne dem Kapitalismus ein Ende bereiten. Vom parlamentarischen System hatte die SP dann auch gewiss keine hohe Meinung: dieses sei kaum mehr als eine Fassade vor der Diktatur des Kapitals. Hinsichtlich der linken Parteien, die in diesem System funktionierten, hegte die SP ebenfalls keinerlei Illusion: Die PvdA sei nicht mehr als eine reaktionäre Partei, und die CPN sei vom revolutionären Hauptquartier des Proletariats zu einem friedfertigen parlamentarischen Wahlapparat entartet.

Aus ihrer Bewunderung für China machte die SP keinen Hehl. Sie fühlte sich eng mit der Volksrepublik verbunden und betrachtete die Innen- und Außenpolitik Pekings als »leuchtendes Vorbild«. Die SP glaubte, »sowohl aus dem praktischen Aufbau des Sozialismus als auch aus den Schriften Mao Tse Tungs« viel von China lernen zu können. Ihre Richtschnur im Kampf gegen den Kapitalismus war die vom Großen Vorsitzenden entwickelte Strategie der »Massenlinie«. Dieses Dogma verpflichtete die Revolutionäre dazu, gut auf das Volk zu hören – so lehrte Mao es im *Kleinen Roten Buch*: »(...) nimm die Vorstellungen der Masse (...), konzentriere sie (verändere sie durch Studium in konzentrierte und zusammenhängende Vorstellungen), bringe sie wieder unter die Masse und propagiere und erkläre (...) sie, und prüfe die Richtigkeit dieser Vorstellungen in den von der Masse durchgeführten Aktionen.«¹¹ Auf der Grundlage dieser Massenlinie gründete die SP zu Beginn der 1970er Jahre »Massenorganisationen«, die auf einem eingegrenzten Gebiet den Kampf für die unmittelbaren Interessen des Volkes führen sollten. Das eigentliche Ziel der Partei sollte dabei im Hintergrund bleiben, denn »übereinstimmende Meinungen über das Gesamtproblem können ja nicht zu Beginn einer Aktion existieren, sondern sie müssen gerade das Produkt der praktischen Erfahrungen sein, die man darin macht.«¹² Die SP drängte sich auch nicht in den Vordergrund, um zu verhindern, dass sich Sympathisanten hierdurch abschrecken ließen. Allerdings wollte die Partei diese Aktionen gegen konkrete Missstände auf die höhere Ebene des Kampfs um die politische Macht heben, mit anderen Worten: den Interessenkampf in Klassenkampf umwandeln. Die Massenorganisa-

¹⁰ Zitiert nach: *Onze partij*, Rotterdam 1974/1982.

¹¹ Zitiert nach: *Het Rode Boekje. Citaten uit het werk van Mao Tse-toeng*, Utrecht 1967, S. 74.

¹² Zitiert nach: *Diskussie. Gezamenlijke uitgave van SP en KENml*, o. O., o. J. [1975], S. 6.

tionen waren daher auch nicht so sehr ein Ziel an sich, als vielmehr ein politisches Instrument der SP und ein Rekrutierungsreservoir für neue Parteimitglieder.

Nach 1975 geriet die SP in einen Transformationsprozess. Die maoistischen Grundsätze rückten allmählich in den Hintergrund, und die Partei passte sich mehr oder weniger den niederländischen Verhältnissen an. Sie näherte sich zunehmend der Haltung derer an, die von ihr das »einfache Volk« genannt wurden und versuchte, sich ihres sektiererischen Images zu entledigen. Bei dieser »Entmaoisierung« haben unterschiedliche Faktoren eine Rolle gespielt. So stagnierte Mitte der 1970er Jahre das Mitgliederwachstum der Partei. Auch die Parlamentswahlen des Jahres 1977 verliefen enttäuschend. Ebenso wichtig ist möglicherweise die Entwicklung der chinesischen Außenpolitik, die immer mehr Feinde der Sowjetunion als Freunde Pekings umarmte. Nach dem Tode Maos im Jahr 1976 verschwand der Name des Großen Vorsitzenden aus den Kolumnen der Zeitung *de Tribune*.

Auf ideologischer Ebene standen einige maoistische Dogmen zur Diskussion. Als erstes rückte das Dogma der gewaltsamen Revolution in den Hintergrund, weil es »die Menschen« kopfscheu mache. Das Konzept des Klassenkampfes und das Ziel der Partei – eine sozialistische Gesellschaft – blieben jedoch erhalten. Gleichzeitig kam es zu einer Neubewertung des Parlaments. Hatte die SP anfangs gedacht, diese »Schwatzbude« werde dichtgemacht, wenn die Arbeiterklasse an die Macht gekommen sei, so begann sie nun, die parlamentarische Demokratie positiver – als das demokratischste System, das unter dem Kapitalismus möglich sei – zu betrachten. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen seien von ihm allerdings immer noch nicht zu erwarten, diesen seien erst unter der Herrschaft des Volkes »unter der Führung der Arbeiterklasse« möglich, so das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1987.

Auf die Entmaoisierung Ende der 1970er Jahre folgte gut zehn Jahre später der Abschied vom Leninismus. In den Grundsätzen, die auf dem vierten Parteikongress im November 1987 beschlossen worden waren, stützte sich die Partei ausdrücklich auf den Marxismus-Leninismus, und zwar sowohl ideologisch (dialektischer und historischer Materialismus) als auch organisatorisch (demokratischer Zentralismus, Vorkämpferrolle der Partei im Kampf für den Sozialismus). Nach dem Scheitern des Kommunismus in Osteuropa und der Sowjetunion um das Jahr 1990 wurden Veränderungen für notwendig befunden. Die SP wollte aus dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus«, für den sie doch immer Sympathie gehegt hatte, eine Lehre ziehen. Bei der Kursänderung spielten auch die sehr enttäuschend verlaufenen Parlamentswahlen des Jahres 1989 eine Rolle. Die überregionalen Ergebnisse waren wiederum stark hinter den lokalen Resultaten zurückgeblieben. Das Ausbleiben des erwarteten Parlamentsssitzes zwang die Partei dazu, das Ruder herumzureißen: Die Partei musste die Arbeit an einem überregio-

nalen Image in Angriff nehmen.¹³ In dem nun einsetzenden Reformprozess wurde gleichzeitig die Weltanschauung der SP »entleniniert«. Der fünfte Parteikongress beschloss im Oktober 1991, die politische Positionsbestimmung der SP lediglich mit dem Begriff »sozialistisch« anzugeben. In ihrem neuen Grundsatzprogramm nahm die SP immer noch Kurs auf eine sozialistische Gesellschaft. Die Zahl der zu sozialisierenden Sektoren wurde allerdings auf die großen Banken und Unternehmen beschränkt. Darüber hinaus strich der Parteikongress nach dem Untergang des Kommunismus in Osteuropa und der Sowjetunion im Jahr 1991 den Begriff Marxismus-Leninismus, da er zu viel Verwirrung erwecke. »Dieses Etikett hatte begonnen« – so Parteiführer Jan Marijnissen – »wie ein Mühlstein um unseren Hals zu hängen. Will die SP auch nach dem Jahr 2000 noch Bedeutung haben, dann müssen wir das nun beachten.«¹⁴ Die Gesellschaftsauffassung der SP blieb jedoch marxistisch, auch wenn dies nicht mehr so laut gesagt wurde.

Nach dem Abschied von Mao und Lenin entschied sich die SP 1999 mit der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms für eine dritte ideologische Metamorphose. Dieses Mal stand der Sozialismus als in der Ferne winkende Perspektive und als zukünftige ideale Gesellschaftsform zur Diskussion. Die Erneuerung der Grundsätze hatte erneut das Ziel, Hindernisse zwischen der Partei und ihrer potentiellen Anhängerschaft aus dem Weg zu räumen, so Parteisekretär Tiny Kox: Sie sollte »eine Brücke zu den Menschen bauen, die in der Vergangenheit vielleicht gute Gründe hatten, sich uns nicht anzuschließen.«¹⁵ Seit ihrer Gründung hatte sich die SP die Veränderung der Niederlande zu einem sozialistischen Land zum Ziel gesetzt. Dem kapitalistischen System der Unterdrückung und Ausbeutung sollte rigoros ein Ende bereitet werden. Lange Zeit waren die Erwartungen hoch gespannt. »Der Sozialismus, wie wir ihn vertreten, wird unserem Land eine ungeahnte Menge neuer Möglichkeiten geben«, hieß es noch 1989.¹⁶ Von dieser Heilserwartung blieb später nur wenig übrig. Im Wahlprogramm der SP aus dem Jahr 1998 (und in denen der Jahre 2002 und 2003) tauchte der Begriff »Sozialismus« sogar überhaupt nicht mehr auf. In dem neuen Grundsatzprogramm sagt die Partei nun ausdrücklich, der Sozialismus sei weder eine Blaupause für eine zukünftige Gesellschaft, noch eine »Heilsprophezeiung«, die sich auf das Versprechen beschränke, hinter dem Horizont sei alles besser. Zwar sieht sich die SP doch noch auf dem Weg in eine »bessere Welt«, sie scheint dabei aber die Auffassung verlassen zu haben, der Sozialismus sei der Endpunkt der Geschichte. Sozialismus wird nun mit moralischen, abstrakten Begriffen ausgedrückt: »Menschenwürde, die Gleichwertigkeit von Menschen, und die Solidarität zwischen Menschen«.¹⁷

13 Vgl. P. VAN DER STEEN, *De doorbraak van de 'gewone mensen'-partij. De SP en de Tweede Kamerverkiezingen van 1994*, in: DNPP (Hrsg.), *Jaarboek 1994*, Groningen, 1995, S. 174 f.

14 Zitiert nach: *Trouw* vom 26. Oktober 1991.

15 Zitiert nach: *NRC Handelsblad* vom 25. September 1999.

16 SP, *Handvest 2000. Een maatschappij voor mensen*, Rotterdam 1989, S. 14.

17 SP, *Heel de mens*, Rotterdam 2000, S. 7.

Gleichzeitig mit dem Ziel hat die SP das zentrale Element der sozialistischen Ideologie fallen gelassen: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wie bereits gesagt, glaubte die Partei lange Zeit, dass dies der einzig mögliche Weg sei, um den Sozialismus zu verwirklichen. Am Ende der 1990er Jahre starb diese »heilige Kuh« jedoch. Man sprach nicht mehr über den Sozialismus. Die SP geht nun nicht mehr weiter, als dass die demokratische Verfügungsgewalt gegenüber einer »Verfügungsgewalt, die an wirtschaftliche Macht und Privatvermögen gebunden ist«, den Vorrang haben soll.¹⁸ Auch dieses Mal kam der Schritt nicht unerwartet: Aus dem Wahlprogramm von 1998 war die Sozialisierungsforderung ebenfalls verschwunden. Anstelle der Sozialisierung scheint nun Demokratisierung der wichtigste ideologische Schwerpunkt der SP geworden zu sein. Auch hier hat die Partei eine Entwicklung durchgemacht. In ihrer Anfangszeit glaubte sie, die Niederlande seien nicht demokratisch: nicht das Parlament, sondern die Großkapitalisten hätten dort das Sagen. In ihrem neuesten Grundsatzprogramm von 1999 betrachtet die SP die parlamentarische Demokratie als das »wichtigste Mittel, um den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck und zur Ausführung zu bringen.«¹⁹ Der Gedanke, dass ausschließlich gesellschaftliche Einheiten wie ein Bezirk oder ein Unternehmen Parlamentskandidaten stellen könnten, wie es die Partei noch um 1990 wollte, ist in der Schublade verschwunden. Das soll nicht heißen, dass die SP den bestehenden Zustand als ideal erlebt. Die Partei glaubt, dass der demokratisch legitimierte Staat seine Verfügungsgewalt gegen die aufdringliche Europäische Union schützen müsse und seinen Einfluss stärker auf den Marktsektor ausweiten solle. Demokratisierung ist das Wundermittel gegen alle gesellschaftlichen Leiden geworden. Dort, wo die Partei früher das Wort »sozialistisch« verwendet hätte, steht im neuen Grundsatzprogramm nun dieser neue Begriff: »In einer demokratisierten Gesellschaft kann man am besten so wichtigen Dingen wie dem Schutz des sozialen Fortschritts und der Gerechtigkeit, der Gesundheit, der Natur und der Umwelt gerecht werden.«²⁰

Der Erfolg der niederländischen SP und der deutschen Partei Die Linke

Trotz der Abneigung gegenüber parlamentarischen Aktivitäten, die für ihr maoistisches Gedankengut charakteristisch war, nahm die SP 1974 zum ersten Mal an den Gemeinderatswahlen teil. Die Argumentation lautete, dass die sozialistische Propaganda in den repräsentativen Körperschaften eine größere Reichweite erhalte und dass außerparlamentarische Aktionen so besser unterstützt werden könnten. Darüber hinaus werde es höchste Zeit, dass im Parlament die »Stimme des gemeinen Mannes« gehört werde. In Nimwegen und in Oss – der Wiege der Partei – erhielt die SP insgesamt fünf Sitze. Damit begann der bis jetzt unaufhaltsame

18 SP (wie Anm. 17), S. 10.

19 SP (wie Anm. 17), S. 11.

20 SP (wie Anm. 17), S. 11.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der SP im Zeitraum von 1974 bis 2007

Jahr	Zweite Kammer		Gemeinderäte	Provinzparlamente		Erste Kammer	Europäisches Parlament	
	%	Sitze	Sitze	%	Sitze	Sitze	%	Sitze
1974			5					
1977	0,3	–						
1978			9	–	–			
1979							–	–
1981	0,3	–						
1982	0,5	–	22	0,6	–			
1984							–	–
1986	0,4	–	41					
1987				0,5	1			
1989	0,4	–					0,7	–
1990			70					
1991				0,9	1			
1994	1,3	2	126				1,3	–
1995				2,1	12	1		
1998	3,5	5	188					
1999				3,3	19	2	5,0	1
2002	5,9	9	181					
2003	6,3	9		5,6	38	4		
2004							7,0	2
2006	16,6	25	345					
2007				14,8	83	12		

Quelle: Centraal Bureau voor de Statistiek

Aufstieg in die Gemeinderäte. In einer wachsenden Zahl von Orten, in denen sie Kandidaten aufstellte, verdoppelte sich immer in etwa die Zahl der Sitze (siehe Tabelle 1). Erst im Jahr 2002 stagnierte das Wachstum. Als Ursache wies die Partei auf die Konkurrenz lokaler »Leefbaar«-Parteien hin. 2006 setzte sich das Wachstum wieder fort: Bei den Gemeinderatswahlen in diesem Jahr gewann die SP etwa 345 Sitze, mehr als doppelt so viele wie bei den letzten Wahlen auf kommunaler Ebene im Jahr 2002.

Der lokale Wählerfolg der SP war jedoch über viele Jahre an den Ort oder die Region gebunden, an dem oder in der sie durch Aktionen Bekanntheit erlangt hatte. Bei den Parlamentswahlen war sie lange Zeit weit weniger erfolgreich. Ein Grund hierfür lag in der mangelnden überregionalen Bekanntheit der SP, die ihre Grundlage wiederum unter anderem darin hatte, dass es der SP trotz ihrer vielen

Tabelle 2: Mitgliederzahlen der SP im Zeitraum von 1971 bis 2008

Jahr	Zahl	Jahr	Zahl
1971	120–200*	1997	19.926
1972	250	1998	21.975
1973	300–350	1999	25.052
1974	450	2000	26.198
1975	750	2001	26.553
1976	600	2002	27.291
1979	750	2003	36.406
1992	15.122	2004	43.389
1993	15.517	2005	44.299
1994	15.978	2006	44.853
1995	16.899	2007	50.740
1996	17.056	2008	50.238

* Damals noch *Kommunistische Partei der Niederlande* (marxistisch/leninistisch).

Quellen: Die Daten für die Jahre 1971 bis 1979 stammen aus Veröffentlichungen des *Binnenlandse Veiligheidsdienst* (BVD); die Daten für die Zeit ab 1992 von der Homepage der SP.

Aktionen nur selten gelang, große Medienaufmerksamkeit vor allem seitens des Fernsehens auf sich zu ziehen. Zweitens ist zur Erklärung auf die traditionell große Anziehungskraft der PvdA hinzuweisen, die die Chancen der SP auf nationaler Ebene schmälerte. 1977 beteiligte sich die SP zum ersten Mal an den Parlamentswahlen. Erst bei den Wahlen des Jahres 1994 schaffte die Partei jedoch den Einzug in die Zweite Kammer, und dies in erster Linie, weil die Anziehungskraft der Sozialdemokraten bei dieser Wahl sehr schwach war. Die *Partei der Arbeit* sah sich als Regierungspartei gezwungen, unpopuläre soziale Maßnahmen zu ergreifen – ein Umstand, von dem die SP profitierte. Einmal im Parlament, ging es Schlag auf Schlag: Von zwei Sitzen 1994 auf fünf im Jahr 1998 und neun 2002 und 2003. 2006 gelang mit nicht weniger als 25 Sitzen der echte Durchbruch (siehe Tabelle 1).

Auch mit Blick auf die Mitgliederzahl erlebte die SP ein enormes Wachstum. Im Jahr 1972 zählte sie rund 200 Mitglieder (siehe Tabelle 2). Die Mitgliedschaft unterlag strengen Anforderungen, was die Attraktivität der Partei nicht erhöhte. 1977 ermöglichte die Partei den Beitritt sogenannter »unterstützender« Mitglieder. Von ihnen wurde eigentlich nur ein finanzieller Beitrag verlangt, an der Parteiarbeit brauchten sie sich nicht aktiv zu beteiligen. Die Fördermitglieder kamen in der politischen Beschlussfassung nicht zum Zuge: Nur die Kadermitglieder hatten in der Partei Stimmrecht. 1986 hatte die Partei nach eigenen Angaben circa 10.000 (Förder-)Mitglieder. 1991 wurden die Statuten geändert, wodurch

Tabelle 3: Ergebnisse der PDS bzw. Linkspartei.PDS bei Bundestags- und Europawahlen im Zeitraum von 1990 bis 2005

Jahr	Bundestagswahlen	Europawahlen
1990	2,4	
1994	4,4	4,7
1998	5,1	
1999		5,8
2002	4,0	
2004		6,1
2005	8,7	

Quelle: NEU (wie Anm. 32), S. 321.

die Fördermitglieder zu vollwertigen Parteimitgliedern wurden und in der SP formal Mitspracherecht erhielten. Nach ihrem Debüt in der Zweiten Kammer im Mai 1994 beschleunigte sich das Mitgliederwachstum. Im Januar 1995 hatte die SP ungefähr 17.000 Mitglieder; drei Jahre später fast 22.000. In den letzten Jahren verlief das Wachstum dann sogar stürmisch: Im Januar 2008 waren mehr als 50.000 Mitglieder registriert. Die SP ist 2008 die drittstärkste Partei in den Niederlanden, sowohl, was die Zahl der Mandate im Parlament betrifft, als auch hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl. Ihre starke Position hat die Partei jedoch nicht in eine Regierungsbeteiligung umsetzen können, denn nach den Wahlen im Jahr 2006 waren die Christdemokraten, die mit der Kabinettsbildung beauftragt worden waren, nicht zu Koalitionsverhandlungen mit der SP bereit.

Während die SP in den Niederlanden allmählich aus den hinteren politischen Rängen in den Vordergrund strebte, machte die PDS/Linkspartei eine vollkommen andere Entwicklung durch. 1989/90 fand die Jahrzehnte dauernde Herrschaft der SED, der Vorgängerin der PDS, plötzlich ein Ende. Aus dem Zentrum der Macht wurde die SED/PDS innerhalb kürzester Zeit an den Rand gedrängt – viele behandelten sie als Paria. Die PDS, die 1990 aus der SED hervorging und die nun *Die Linke* heißt, konnte sich jedoch immer einer recht großen Wählerschaft erfreuen. Bei den Bundestagswahlen schaffte sie es, ihren Stimmenanteil im Laufe der 1990er Jahre auf über fünf Prozent zu steigern (siehe Tabelle 3). Die Zustimmung unter den Wählern entstammte vor allem aus den neuen Bundesländern (siehe Tabelle 4) – in den alten Bundesländern hatte sie kaum Anhänger. Das zeigt sich auch bei den Landtagswahlen in den alten Ländern, wo die PDS – wenn sie sich überhaupt an den Wahlen beteiligte – in der Regel nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kam. In fast allen ostdeutschen Ländern stieg ihr Anteil Ende der 1990er und um die Jahrtausendwende hingegen auf über 20 Prozent.

Tabelle 4: Ergebnisse der PDS bzw. Linkspartei.PDS bei Landstagswahlen in den neuen Ländern und Berlin im Zeitraum von 1990 bis 2006

Jahr	BB	BE	MV	SN	ST	TH
1990	13,4	9,2	15,7	10,2	12,0	9,7
1994	18,7		22,7	16,5	19,9	16,6
1995		14,6				
1998			24,4		19,6	
1999	23,3	17,7		22,2		21,4
2001		22,6				
2002			16,4		20,4	
2004	28,0			23,6		26,1
2006		13,4	16,8		24,1	

Quelle: NEU (wie Anm. 32), S. 321.

Nach den Jahren des Wachstums stagnierte der Wählerzuwachs, nicht zuletzt aufgrund der Beteiligung an einigen Landesregierungen, den damit einhergehenden internen Querelen, und der Affäre um Gregor Gysi, dem Aushängeschild der Partei. Bei den Bundestagswahlen 2002 scheiterte die PDS an der Fünf-Prozent-Hürde, sie war jedoch über zwei Direktmandate im Bundestag vertreten. Der Rückfall währte jedoch nur kurze Zeit. Der bundesweite Durchbruch erfolgte bei den Bundestagswahlen im September 2005, als sie 8,7 Prozent der Stimmen erhielt und damit die vierte Kraft im Land wurde. Diese Wahlerfolge erklären sich zu einem Großteil aus der Unzufriedenheit der Wähler über die Reformen der Regierungskoalition aus SPD und *Bündnis 90/Die Grünen*. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder im März 2003 unter dem Namen »Agenda 2010« vorgelegten Pläne bedeuteten gravierende Einschnitte in das deutsche Sozialsystem. Enttäuschte Gewerkschafter und ehemalige SPD-Mitglieder gründeten daraufhin die *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* (WASG), der sich auch der ehemalige SPD-Vorsitzende und Bundesfinanzminister der rot-grünen Koalition, Oskar Lafontaine, anschloss. Kurz vor den Bundestagswahlen von 2005 beschlossen die WASG und die PDS – die sich mittlerweile in *Die Linke* umbenannt hatte – die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste. Im Juni 2007 erfolgte die formale Fusion der beiden Gruppierungen. Wie erfolgreich diese neue Partei ist, kann man seither auch bei den Landtagswahlen in den alten Bundesländern sehen.

Bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005 erzielte *Die Linke* mit durchschnittlich 4,9 % erstmals auch in Westdeutschland gute Ergebnisse. Diese Stimmen stammten überwiegend von unzufriedenen SPD-Wählern. Es war »Lafontaine, der die Akzeptanz der Linken in den alten Bundesländern wesentlich erhöhte und

Tabelle 5: Mitgliederzahlen der SED/PDS/Linkspartei im Zeitraum von 1989 bis 2008

Jahr	Zahl	Jahr	Zahl
Okt. 1989	2.300.000	1999	88.594
Dez. 1990	281.000	2000	83.478
1991	172.579	2001	77.845
1992	146.742	2002	70.805
1993	131.406	2003	65.753
1994	123.751	2004	61.385
1995	114.940	2005	61.489
1996	105.029	2006	69.282
1997	98.624	2007	71.711
1998	94.627	30. Sep. 2008	76.139

Quelle: MOREAU (wie Anm. 22), S. 248 (Jahre 1989 und 1990); Neu (wie Anm. 32), S. 327 (Jahre 1991 bis 2005); Homepage der Linkspartei (Jahre 2006 bis 2008).

maßgeblich dazu beitrug, den Ruf einer reinen Ostpartei zu überwinden«, urteilte Gysi später selbst. Auch bei den Landtagswahlen in den alten Ländern schnitt *Die Linke* gut ab: 2007 erzielte sie in Bremen 8,4 Prozent der Stimmen, im Jahr 2008 in Hessen 5,1 Prozent, in Niedersachsen 7,1 Prozent, in Hamburg 6,4 Prozent und in Bayern 4,4 Prozent. 2008 ist *Die Linke* eine »gesamtdeutsche Partei« geworden.²¹

Die Mitgliederzahl der PDS/*Die Linke* hielt jedoch nicht in gleichem Maße mit der Wählergunst mit (siehe Tabelle 5). Im Oktober 1989 zählte die Staatspartei SED rund 2,3 Millionen Mitglieder, von denen ein Jahr später, nach der Umformung zur PDS, 284.000 übrig geblieben waren. Die sich im Anschluss in verminderter Geschwindigkeit fortsetzende Talfahrt dauerte gut fünfzehn Jahre an. Erst nach dem erfolgreichen Wahljahr 2005 und mit der Zusammenarbeit mit der WASG setzte allmählich ein Umschwung ein. Aktuell verzeichnen die Mitgliederzahlen erstmals einen leichten Aufwärtstrend: 2008 hatte *Die Linke* 72.000 Mitglieder. In den vergangenen Jahren hat sich die Position der PDS und ihrer Nachfolgepartei *Die Linke* stark verbessert. 2008 ist sie mit 53 Sitzen die viertstärkste Partei im Bundestag. Hinsichtlich der Zahl der Mitglieder ist *Die Linke* nach SPD und CDU/CSU derzeit die drittgrößte Partei. Trotz ihrer hohen Ergebnisse bei der letzten Wahl befindet sich *Die Linke* jedoch auf nationaler Ebene ebenso wie die niederländische SP weiterhin in der Opposition.

21 R. REISSIG, *Linksverschiebung ohne reale politische Gestalt. Neue Perspektiven in einem gewandelten Parteiensystem*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Bd. 61/2007, S. 26.

Grundlagen für den Erfolg

Trotz der unterschiedlichen Entstehungsgeschichten – winzige maoistische Sekte auf der einen Seite, mächtige Einheitspartei auf der anderen – haben sich die SP und in geringerem Maße die PDS/*Die Linke* zu relativ großen und einflussreichen politischen Parteien entwickelt. Es stellt sich die Frage, worauf die guten Wahlergebnisse der beiden Parteien beruhen und inwieweit ihr Erfolg durch ähnliche Faktoren bedingt ist. Dem Tenor des vorliegenden Beitrags folgend, soll die größte Aufmerksamkeit der SP gelten. Bei jedem möglichen Erfolgsfaktor wird vermerkt, inwieweit er auch für *Die Linke* zutrifft. Zur Erklärung des Wahlerfolgs der SP können drei miteinander in Zusammenhang stehende Faktoren genannt werden: Aktivismus, Populismus, und Sozialdemokratisierung der SP, in Kombination mit tiefgreifenden Änderungen in der niederländischen Sozialdemokratie. Die ersten beiden Determinanten beeinflussten den parlamentarischen Durchbruch der SP im Jahr 1994. Zum weiteren Ausbau der Partei hat danach sicherlich auch das authentisch wirkende Auftreten des Parteichefs Marijnissen beigetragen, das hier weitgehend unberücksichtigt bleibt. Die Sozialdemokratisierung der SP, die ebenfalls zum Bedeutungszuwachs dieser Partei beigetragen hat, ist als eine Folge des populistisch bestimmten Anpassungsvermögens der Partei zu begreifen. Mit ihr hat sie bei der Wählerschaft – insbesondere bei den Wählern der *Partei der Arbeit* – stark an Anziehungskraft gewonnen.

Aktivismus

Der für die SP so charakteristische Aktivismus kann aus ihrer maoistischen Entstehungsgeschichte heraus erklärt werden. Wie bereits erwähnt, war die SP bis zum Ende der 1970er Jahre auf Mao Tse Tung und auf China ausgerichtet. Als sie dann die maoistische Rhetorik über Bord warf, orientierte sie sich in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus weiterhin an der so genannten »Massenlinie« Maos. Ziel war es, dass die Parteimitglieder ins Volk eintauchen, hinter die Meinungen der Massen kommen und dazu Aktionen veranstalten sollten. Diesen Auftrag Maos führte die SP aus, indem sie Massenorganisationen gründete und indem sie verschiedene Aktionen in Stadtvierteln und Betrieben gegen konkrete Missstände wie Mieterhöhungen, Umweltverschmutzung und ähnliches plante. 1978 gründete die Partei den noch immer existierenden *SP-Hilfs- und Informationsdienst*, an den sich jeder (auch Nicht-Parteimitglieder) mit juristischen Fragen zu den Themen Wohnen, Sozialleistungen oder Steuern wenden kann. Diese direkte, auf das Wohnviertel ausgerichtete Interessenvertretung und persönliche Beratung wirkte sich bei den Gemeinderatswahlen aus: In Gemeinden, in denen die SP aktiv war, konnte die Partei in der Regel in den Gemeinderat vordringen.

Bis heute ist die SP nicht nur in den Volksvertretungen, sondern auch darüber hinaus aktiv und dies viel stärker als die anderen politischen Parteien. Die Par-

tei führt an einer Reihe von Fronten Kampagnen, wie beispielsweise gegen den Wettbewerb im Pflegesektor oder die verringerte Dienstleistung bei der niederländischen Eisenbahn. Die Mitglieder der SP scheinen mehr als die anderer Parteien dazu bereit zu sein, die Ärmel hochzukrempeln: In einer Umfrage, die die Partei unter ihren Mitgliedern abhielt, zeigte sich, dass gut 42 Prozent der Befragten sich für die Partei einsetzen wollten – dieser Wert ist bedeutend höher als in anderen Parteien. Das verhältnismäßig große Potential aktiver Mitglieder ist eine der Stärken der SP. Ihre Mobilisierungsfähigkeit macht andere Parteien zuweilen eifersüchtig. Durch die größere Beteiligung ihrer Mitglieder ist die gesellschaftliche Sichtbarkeit der SP viel größer als die der *Partei der Arbeit* und anderer Parteien, die ihre Bekanntheit fast ausschließlich ihren politisch-parlamentarischen Tätigkeiten zu verdanken haben. Den altmodisch anmutenden Einsatz von Freiwilligen kombiniert die SP mit einem äußerst professionellen Einsatz ihrer Medien, wie schön gestaltete Druckerzeugnisse und besonders angelegte Websites.

Auch *Die Linke* ist – wie schon ihre Vorgängerpartei, die PDS – außerhalb des Parlaments aktiv. »Ein Schwerpunkt der PDS-Aktivitäten liegt im ‚außerparlamentarischen Widerstand‘, etwa in Form von breit angelegten, von Bürgerinitiativen, Komitees, Vorfeld- und befreundeten Organisationen unterstützten Kampagnen«, so Parteixperte Patrick Moreau.²² Sie will sich ausdrücklich vor einseitiger, nur auf Wahlen ausgerichteter Politik fernhalten. »Die eigentliche Kraft und die eigentliche Aufgabe des Projekts einer gesamtdeutschen Linkspartei liegen nicht im Parlament, sondern außerhalb. Die erbitterte Schlacht um hohe Wahlergebnisse sollte nicht vergessen machen, dass der wichtigste Kampfplatz die Gesellschaft ist«, so Michael Brie von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, der Bildungsinstitution der Partei *Die Linke*, nach den Bundestagswahlen im September 2005.²³ Die Partei betrachtet ihre Verbundenheit zu Aktionsgruppen und sozialen Bewegungen als einen ihrer Pfeiler und sieht es als ihre Aufgabe, die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung in der politischen Arena in Worte zu fassen. 2004 fiel die PDS durch ihre Teilnahme an den so genannten Montagsdemonstrationen gegen die sozialen und wirtschaftlichen Reformpläne der Regierung Schröder auf. Im Jahr 2008 führte sie unter anderem Kampagnen gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, gegen die Rente mit 67, für die Ausweitung der Kinderbetreuung und die Einführung von acht Euro Mindestlohn durch. Ebenso wie die SP, machte sich auch *Die Linke* für die praktischen, konkreten Nöte der Menschen stark. Dem damaligen Parteivorsitzenden Bisky zufolge war seine Partei erfolgreich, »weil wir zu den Menschen hingehen, um zu fragen, welche Probleme sie hatten (...). Wir

22 P. MOREAU, *Die Partei des Demokratischen Sozialismus*, in: Dets./M. LAZAR/G. HIRSCHER (Hrsg.), *Der Kommunismus in Westeuropa: Niedergang oder Mutation?*, Landsberg/Lech 1998, S. 325.

23 M. BRIE, *Nach der Bundestagswahl. Analyse und Prognosen*, online unter http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_upload/pdf/Michael_Brie-Bundestagswahl_2005.pdf.

waren eine Partei des täglichen Lebens, und so sind wir auch groß geworden.«²⁴ Deutlich ist, dass die Partei *Die Linke* – und zuvor die PDS – großen Wert auf die Vertretung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden legt. Diese »kommunale Verankerung« sieht sie neben der außerparlamentarischen Bewegung offiziell als zweites Standbein der Partei.²⁵

Für die SP hatte die Kombination lokaler und landesweiter außerparlamentarischer Aktivitäten einen großen Einfluss auf die breite Wählerzustimmung: Mit der Vertretung lokaler Interessen sicherte sie sich innerhalb der Gemeinden Stimmen, während sie mit landesweiten Aktionen die Aufmerksamkeit der Medien in einem Ausmaß auf sich zog, das sie mit anderen Mitteln nicht erreicht hätte. Die Formel der »kommunalen Verankerung« und der außerparlamentarischen Arbeit, die *Die Linke* anwendet, ähnelt der Erfolgsstory der SP auffällig.

Populismus

Neben ihrem Aktivismus zeichnet sich die SP seit ihrer Gründung auch durch einen gewissen Populismus aus. Populismus ist natürlich ein recht vager und auch umstrittener Begriff. Hierunter versteht man einerseits den Anspruch, »volksnah« zu agieren und als Sprachrohr des Volkes aufzutreten, und andererseits die damit einhergehende Strategie, sich gegen das politische Establishment zu stellen, das die berechtigten Forderungen des Volkes ignoriert. Auch dieses Charakteristikum steckte in dem maoistischen Konzept der Massenlinie.²⁶ Die SP betrachtete sich als die »Stimme des Volkes«, die besser als die etablierten politischen Eliten wusste, was die Volksmassen bewegte. Ausgangspunkt für die Aktivitäten und den Standpunkt der SP war die in den Stadtvierteln und Nachbarschaften ermittelte Meinung des »einfachen Mannes« – oder zumindest dessen Perzeption durch die SP. Diese Meinung wurde anschließend mehr oder weniger zur Richtschnur für das weitere Handeln erhoben. Von Anfang an fürchtete sich die SP sehr vor Stellungnahmen, die sie von der Bevölkerung isolieren konnten. Die Partei führte nach eigenem Verständnis nur das aus, was das Volk forderte. Marijnissens sagte im Jahr 1974 folglich auch: »Es geht nicht darum, was wir finden, sondern um das, was die Menschen von uns wollen.«²⁷ Diese Einstellung bildet gleichzeitig die Erklärung für die ungeheure Anpassungsfähigkeit der SP in den vergangenen Jahrzehnten auf ideologischem und programmatischem Gebiet, die schließlich zu der Sozialdemokratisierung der Partei führte. In entscheidenden Augenblicken

²⁴ JANSSEN/VERHEY (wie Anm. 7), S. 13 f.

²⁵ Siehe hierzu: DIE LINKE, *Grundsätze und Ziele der Partei DIE LINKE in den Wahlkämpfen 2008/2009*, online unter http://www.die-linke.de/partei/organel/parteivorstand/parteivorstand_20072008/beschluessel/grundsaeetze_und_ziele_der_partei_die_linke_in_den_wahlkaempfen_20082009; MOREAU (wie Anm. 22), S. 316–318.

²⁶ Siehe beispielsweise P. LUCARDIE, *Populismus im Parteiensystem in Deutschland und den Niederlanden*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 35–36/2007, S. 41–46.

²⁷ Zitiert nach *De Groene Amsterdammer* vom 12. Juni 1974.

ihrer Geschichte war die Partei – wie im Vorstehenden bereits erläutert – bereit, sich von Haltungen zu distanzieren, die eine Barriere für das Gewinnen neuer Anhänger darstellen konnten. Das war bei der Entmaoisierung am Ende der 1970er Jahre der Fall, in der Zeit um 1990, als sich die Partei von Lenin verabschiedete, und Ende der 1990er Jahre, als auch Marx über Bord geworfen wurde.

Der Populismus der SP wirkte auf zwei Ebenen. Zunächst übte er, wie beschrieben, Einfluss auf den politisch-ideologischen Kurs der Partei ein. Die Neigung der SP, enge Bindungen zu Teilen der Gesellschaft zu halten oder zu finden, führte dazu, dass die Partei nötigenfalls ihre Grundsätze tiefgreifend anpasste. Daneben hatte die populistische Orientierung Einfluss auf ihre Haltung bezüglich der Wählerschaft. Dies zeigt sich nur zu deutlich bei den Parlamentswahlen von 1994, als die SP mit ihrem gegen die etablierten Parteien gerichteten Wahlkampf – ihr Slogan lautete »Stimme dagegen, stimme für die SP« (»*Stem tegen, stem SP*«) – endlich bis ins Parlament vordrang. Auch 1998 beteiligte sich die Partei unter diesem Motto an den Parlamentswahlen. 2002 hat die SP ihre Wahlkampfstrategie aber einschneidend geändert. Da die Partei in immer mehr Gemeinden Beigeordnete stellte und sich auch überregional für das Tragen von Regierungsverantwortung aussprach, tauschte sie die negative, gegen die »Haager Politik« gerichtete Wahlkampflosung »Stimme dagegen« gegen das positive Motto »Stimme dafür, stimme für die SP« ein. In den letzten Jahren kann man die SP weniger populistisch nennen. So ist der Begriff »der einfache Mann« nahezu völlig aus der Parteirhetorik verschwunden. Auch die Wahlprogramme für die Parlamentswahlen der Jahre 2002 und 2003 enthalten kaum noch populistische Elemente. Dennoch hat die SP dank ihrer Aktionen gegen verschiedene Missstände und ihres Widerstands gegen die sogenannte Europäische Verfassung im Jahr 2005 den Charakter einer Protestpartei nicht verloren. Das wird auch nicht beabsichtigt sein, weil sich die Partei damit stark von den meisten anderen politischen Parteien unterscheidet.

Wie die SP hatte auch die PDS und hat jetzt *Die Linke* eine stark populistische Ausrichtung. »Die bundesdeutsche Gesellschaft ist durch eine Spaltung zwischen Eliten und großen Teilen der Bevölkerung geprägt«, so urteilt der bereits zitierte Brie.²⁸ Diese »neoliberale« Elite ist durch »Leistungsindividualismus« und Gewinnstreben gekennzeichnet und will nach Auffassung der Linken alles dem freien Markt überlassen – und das, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung einen Staat bevorzuge, in dem soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger Vorrang genieße. So ist es dann auch nicht verwunderlich, dass *Die Linke* für eine direktere Demokratie – beispielsweise die Einführung von Volksentscheid und Volksinitiative – plädiert. Die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft zeigte sich nicht zuletzt bei der deutschen Wiedervereinigung und der Globalisierung in den 1990er Jahren, als nach Ansicht der PDS der Kapitalismus

28 M. BRIE, *Die Linkspartei – Partner für eine Reformalternative*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Bd. 6/2007, S. 31.

freie Bahn erhielt. Seit ihrer Entstehung 1990 verstand sich die PDS als »alleinige Interessenvertreterin der ehemaligen DDR-Bevölkerung«, wobei ihrer Darstellung nach alle Ostdeutschen »Einheitsverlierer« waren.²⁹ Später waren es die Opfer der Globalisierung, für die sich die Partei insbesondere einsetzte. »Die Linke ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, der ‚kleinen Leute‘«, so formulierte es die Partei selbst im April 2008 in ihren Grundsätzen.³⁰ »Sie repräsentiert gesellschaftliche Gruppen, von denen keiner mehr hören will«, so Brie. »Sie wurde vor allem für ihr Dagegen gewählt, für ihren Protest, für ihre wirkungsvolle Ablehnung der neoliberalen Reformen von SPD, CDU/CSU und FDP.«³¹ Die Politikwissenschaftlerin Neu, die wenig für die PDS (und ihre Nachfolger) übrig hat, pflichtet ihm bei: »Ihren Erfolg verdankt die PDS in erster Linie der Fähigkeit, sozialen und politischen Protest zu mobilisieren.« Bei den Bundestagswahlen von 2005 habe sich das überdeutlich gezeigt; der Schwerpunkt ihrer Wählerschaft habe sich stärker in Richtung auf die unteren sozialen Schichten verschoben. Dabei profitiere die Partei auch immer noch vom Ost-West-Gegensatz: »Maßgeblich ist das Gefühl, von der Gesellschaft der Bundesrepublik benachteiligt zu werden und Bürger zweiter Klasse zu sein.«³² Auch dadurch, dass sie ihre Kritik auf die politische Klasse richte, die sich den Nöten der Bevölkerung und ihren berechtigten Forderungen verschließe, sei es der PDS im Osten Deutschlands und später auch der Linken im Westen gelungen, die allgemein herrschende Unzufriedenheit über die Regierungspolitik in Wählerstimmen umzumünzen. Dazu setze die Partei auf ein utopisches Wahlprogramm, einen »unerfüllbaren Forderungskatalog«, und sie habe nicht davor zurückgeschreckt, gesellschaftliche Konflikte zu schüren.³³ Neu nannte die PDS – und das gilt ebenfalls für *Die Linke* – »eine Partei, die durch eine eigentümliche Mischung aus Nostalgie, Ideologie und Protest charakterisierbar ist.«³⁴ Nostalgie kann man für die SP nicht geltend machen. Die Partei ist doch unter anderem aufgrund ihres Protest-Images so stark geworden. Auch Ideologie spielte natürlich für die SP eine wesentliche Rolle, ihr Gedankengut ist jedoch nicht »heilig« – im Gegenteil. Wie bereits konstatiert wurde, hat sich die Partei ihrer maoistischen und leninistischen Wurzeln entledigt, und tat im Transformationsprozess vor etwa zehn Jahren einen dritten grundsätzlichen Schritt: Sie verabschiedete sich von Marx. Damit kam die »Sozialdemokratisierung« der SP ins Visier – ein dritter wichtiger Faktor für die Wahlerfolge der Partei.

29 MOREAU (wie Anm. 22), S. 324 f; Siehe auch V. NEU, *Die PDS: Eine populistische Partei?*, in: N. WERZ (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 263–277.

30 DIE LINKE (wie Anm. 25).

31 BRIE (wie Anm. 23).

32 V. NEU, *Linkspartei.PDS (Die Linke)*, in: Dies./F DECKER (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 323.

33 NEU (wie Anm. 29), S. 268.

34 NEU (wie Anm. 29), S. 270.

Sozialdemokratisierung

Der populistische Einschlag der SP machte sich wie gesagt in den 1990er Jahren erneut auf ideologischer Ebene bemerkbar. Nach Mao und Lenin trennte sich die Partei im Laufe dieses Jahrzehnts auch von Marx als Galionsfigur. Der Sozialismus der SP erhielt in dieser Periode allmählich eine stärkere moralische Prägung.³⁵ Er wurde von ihr nicht mehr als das Ergebnis eines objektiven, gesetzmäßig historischen Prozesses definiert; er war für sie selbst keine richtungweisende Perspektive mehr und rückte dann auch mehr oder weniger in den Hintergrund. Dabei gab die Partei zugleich das entscheidende sozialistische Dogma auf, die gerechte Gesellschaft sei dann erreicht, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet worden seien. Stattdessen rückte die Trias Menschenwürde, Gleichwertigkeit von Menschen und Solidarität zwischen den Menschen in den Mittelpunkt. Dadurch, dass der Sozialismus der SP nicht mehr materiell bestimmt war, sondern einen eher moralischen und ethischen Charakter erhielt, wurde das Potential der Partei bei der Wählerschaft größer. Für die SP zu stimmen hieß nicht mehr, einer marxistischen Auffassung zuzustimmen – auch wenn sich bei weitem nicht jeder Wähler darüber im Klaren gewesen sein wird –, sondern das Teilen bestimmter Werte und Normen. Dieses letzte ideologische Facelifting führte zu der Sozialdemokratisierung der SP.³⁶ Die Partei strebt nicht mehr die Sozialisierung oder die Planung der Produktion an, sondern die Stärkung des Sozialstaates und die Regulierung des Marktes – mit etwas mehr staatlichem Einfluss als gegenwärtig. Hinzu kommt, dass die SP die parlamentarische Demokratie grundsätzlich akzeptiert hat. Diese Position ist charakteristisch für die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit. Die SP selbst stimmt übrigens mit dieser Aussage überein und nennt sich selbst »sozialdemokratisch Plus«.³⁷

Die SP identifiziert sich aber keineswegs mit der heutigen Sozialdemokratie – die *Partei der Arbeit* ist in ihren Augen zur Zeit höchstens sozialliberal –, sondern mit ihrer Erscheinungsform der 1970er Jahre und zuvor. In der letzten Zeit unternahm die SP bewusste Versuche, das Erbe der *Partei der Arbeit* an sich zu ziehen und sich selbst in die sozialdemokratische Tradition zu stellen. Das von dem Sozialdemokraten Joop den Uyl geführte Kabinett wurde in den 1970er Jahren von der SP verketzert – heutzutage kann es auf Wertschätzung und Bewunderung zählen. Zweifelsohne haben die gemäßigeren Positionen der SP einen wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung hinsichtlich der Wählergunst. Schritt für Schritt sind sämtliche Reminiszenzen an Mao, Lenin und Stalin, der in den Anfangsjahren

35 G. VOERMAN, »Breek het recht van de sterkste«. *Over de SP en haar toenadering tot het christendom*, in: G. HARINCK (Hrsg.), *Strijd om de ziel. Christendom en communisme in de twintigste eeuw*, Amsterdam 2007, S. 37–44.

36 G. VOERMAN/P. LUCARDIE, *De sociaal-democratisering van de SP*, in: F. BECKER/R. CUPERUS (Hrsg.), *Verloren slag. De PvdA en de verkiezingen van november 2006*, Amsterdam 2007, S. 139–164.

37 VOERMAN/LUCARDIE (wie Anm. 36), S. 140.

der Partei noch ein hohes Ansehen genoss, verschwunden. Zu Beginn der 1990er Jahre hatte man die letzten kommunistischen Spuren beseitigt; und zehn Jahre später wurde die Partei sozusagen »sozialdemokratischer als die Sozialdemokraten«. Dieses Facelifting machte es einem Teil der traditionellen Anhänger der *Partij van de Arbeid* sicherlich einfacher, die SP zu wählen.

Hinsichtlich der Wahlprogramme sind auch die PDS und *Die Linke* im Laufe der Jahre moderater geworden. Eine weitgehende Sozialdemokratisierung der Linken wie bei der SP ist trotz des Zusammenschlusses mit der WASG im Jahr 2005 jedoch vorläufig nicht in diesem Maße zu erwarten. Die PDS mag sich nun zwar *Die Linke* nennen, die neue Partei steht aber nach wie vor mit einem Bein in ihrer DDR-Vergangenheit – nicht nur in personeller Hinsicht, weil prominente Parteimitglieder vor der Wende des Jahres 1989 Mitglied der SED waren (wie Bisky und Gysi), sondern auch in politisch-ideologischer Hinsicht. So vertritt *Die Linke* beispielsweise die Auffassung, dass das realsozialistische Experiment in Ostdeutschland durchaus gute Seiten hatte, die auch heute noch zum Einsatz kommen könnten. Die Partei möchte noch immer »die Erfahrungen der DDR nicht kategorisch ablehnen, sondern auf zukunftsfähige Modelle hin überprüfen.«³⁸ Hinzu kommt, dass es innerhalb der Partei noch organisierte Gegenkräfte gegen eine substanzielle Sozialdemokratisierung gibt, wie etwa die *Kommunistische Plattform* und das *Marxistische Forum*. Dass die an der Linken haftende DDR-Vergangenheit den Wahlchancen vor allem in den alten Bundesländern nicht zuträglich ist, scheint offensichtlich.

Schlussbemerkungen

Die Ursprünge der SP und der Linkspartei sind sehr unterschiedlich. Die SP war zuerst nur eine kleine Polit-Sekte in den Niederlanden, die Linkspartei hat ihren Ursprung in der Staatspartei der DDR. Nachdem die SED aber die Macht verlor und sich zur PDS umbildete, haben die Positionen der beiden Parteien sich allmählich angeglichen. Beide wurden am Anfang der 1990er Jahre als Außenseiter, wenn nicht als Parias in ihrem politischen System betrachtet. Von einem ernsthaften Wettbewerb mit der Sozialdemokratie, die damals noch sehr mächtig war, konnte noch keine Rede sein. Zwanzig Jahre später sieht die Lage ganz anders aus. Sowohl die deutsche als auch die niederländische Sozialdemokratie sind in die politische Mitte gerückt. Im Laufe der Zeit sind sie moderater und pragmatischer geworden, nicht zuletzt dadurch verursacht, dass sie Regierungsverantwortung trugen und tragen. Die Sozialdemokraten in beiden Ländern haben so auf ihrer linken Seite Raum geschaffen, der von der Linkspartei und der SP ausgefüllt worden ist. Sowohl *Die Linke* als auch die SP haben eine starke Position in der Wählerschaft aufgebaut, indem sie Aktivismus und Populismus kombinierten. Die

³⁸ Zitiert nach: <http://www.die-linke.de/index.php?id=1070>, eingesehen am 5. November 2008.

SP wurde zum Sprachrohr des »einfachen Mannes«, die PDS/Linkspartei zum Interessenvertreter der ostdeutschen Bürger. Zur gleichen Zeit hat vor allem die SP ihre Ideologie auf bemerkenswerte Weise angepasst: Die marxistisch-leninistische Lehre wurde gegen sozialdemokratische Grundsätze eingetauscht. Diese Transformation der SP und die moderatere Ausrichtung der Linkspartei macht es für die Sozialdemokraten schwieriger, diese Parteien zu bekämpfen.

Wie sollen die Sozialdemokraten sich gegenüber SP und Linkspartei verhalten? Die SPD und die *Partei der Arbeit* sollten drei Aufgaben lösen.³⁹ Erstens sollten beide die Beziehungen zu ihren linken Konkurrenten normalisieren. Es fällt den Sozialdemokraten schwer, normale Beziehungen zu diesen Parteien zu knüpfen. Das ist verständlich, weil SP und Linkspartei den Sozialdemokraten immer sehr negativ begegnet sind. Es bringt den Sozialdemokraten jedoch in der jetzigen Situation wenig, wenn sie die linken Konkurrenten nur ignorieren oder anschwärzen, während diese erfolgreich in ihre Wählerschaft eingebrochen sind. Ignorieren nutzt jetzt wenig und dürfte sogar eine entgegengesetzte Auswirkung haben, denn diese Taktik bestätigt nur die relative Außenseiterposition der SP und der Linkspartei. Die Sozialdemokraten sollten nicht nur ihre Beziehungen zur SP und Linkspartei normalisieren, sondern auch fördern, dass diese Parteien an der Regierungsmacht auf lokaler, regionaler und vielleicht sogar nationaler Ebene beteiligt werden. Intern ist das bei der *Partei der Arbeit* und noch mehr bei der SPD sehr umstritten, wie sich Anfang 2008 zeigte, als der damalige Parteichef Kurt Beck die Tür für eine Zusammenarbeit zwischen SPD und der Partei *Die Linke* auf Länderebene in Westdeutschland sehr widerwillig öffnete. Wenn SP und Linkspartei aber permanent in der Opposition bleiben, werden sie als relativ gemäßigte Außenseiter mehr unzufriedene Wähler für sich gewinnen können. Die SP ist übrigens bereit, auf nationaler Ebene Regierungsverantwortung zu tragen; in der Partei *Die Linke* ist hierüber noch keine endgültige Beziehung getroffen worden. Normalisierung der Beziehungen und Beteiligung an der Regierungsmacht reichen natürlich nicht – die Sozialdemokraten werden sich in Zukunft auch inhaltlich klar von den linken Konkurrenten unterscheiden müssen. Es gibt wichtige Unterschiede, zum Beispiel in der Europapolitik und in der Außenpolitik, die nicht getarnt werden sollten. Vielmehr sollten die Sozialdemokraten diese Unterschiede aktiv markieren und erklären, statt nur auf Kritik der Konkurrenz zu reagieren.

Werden die Sozialdemokraten ihre Hegemonie auf der linken Seite des politischen Spektrums wiedergewinnen wenn sie diese drei Aufgaben erfüllen? Das scheint immerhin ungewiss zu sein – aber nicht unmöglich. Wähler sind heutzutage weniger loyal als im 20. Jahrhundert. Das bringt nicht nur Schwierigkeiten, sondern eröffnet auch Möglichkeiten – für die Linksparteien ebenso wie für die Sozialdemokraten.

39 G. VOERMAN, *Ten strijde tegen de eigen geest*, in: *Socialisme & Democratie* 64 (2007), Bd. 7/8, S. 43–51.